

Der Freisinn

FDP

Eine mögliche Antwort auf eine nicht unaktuelle Frage

Sozialismus im Vormarsch?

«Die etwas martialisch formulierte Frage erheischt zunächst zwei Klarstellungen», stellt Dr. Rudolf Rohr, Würenlos AG, in seinem Aufsatz einleitend fest. Es ist dies die Kurzfassung eines im Frühjahr dieses Jahres vor den Jungfreisinnigen des Kantons St. Gallen gehaltenen Referats, das nicht nur wegen der gestellten Frage, sondern vor allem wegen der Antwort Beachtung verdient.

Was heisst Vormarsch, und was heisst Sozialismus? Stellt man zur Beantwortung der ersten Vorfrage auf die Wahlen ab, so wird man im Blick auf die letzten Nationalratswahlen oder auf ausländische Staaten wie England, Portugal und Schweden registrieren dürfen, dass das Pendel eher von links wegschwingt. Vernünftigerweise nimmt man aber besser die tatsächliche Politik als Massstab; denn es ist keineswegs ausgeschlossen, dass eine bürgerliche Regierung linkere Positionen einnimmt als eine sozialdemokratische.

Ebensolcher Differenzierung bedarf es auch bei der zweiten Vorfrage. Wer Sozialismus einfach mit Verstaatlichung der Produktionsmittel gleichsetzt, ist rasch geneigt, dessen Vormarsch zu verneinen. Sozialismus lässt sich indessen nicht am Grad der Verstaatlichung messen, denn gescheite Sozialisten haben längst erkannt, dass es ebenso unnötig wie unklug ist, dem Bürger etwas zwangsweise wegnehmen und in das Eigentum des Staates überführen zu wollen. Es wirkt weniger brutal und ist erst noch viel billiger, wenn das Eigentum formell dem Privaten verbleibt und «bloss» die Verfügungs- und Nutzungsmöglichkeiten des Eigentümers beschnitten werden. Es ist beispielsweise unnötig, die Mietwohnungen zu verstaatlichen. Es genügt, das Kündigungsrecht des Vermieters aufzuheben, die Möglichkeit der Mietzinserhöhung zu beschränken und allenfalls eine Vermietungspflicht zu statuieren.

Wie Sozialismus zu messen ist

Sozialismus ist deshalb weniger am Umfang des öffentlichen Sektors als vielmehr am Grad des Interventionismus und am Grad der staatlich erzwungenen Umverteilung zu messen. Daraus e contrario abzuleiten, dass der schwächste Staat der liberalste wäre, käme freilich einem *fatalen Missverständnis* gleich. Der Liberale will durchaus einen starken Staat: eine starke Armee zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, eine leistungsfähige Polizei zur Gewährleistung der Alltagssicherheit des Bürgers (was zwar als spießbürgerlich denunziert wird, aber trotzdem einem Grundbedürfnis entspricht) und eine klare Machtbegrenzung gegenüber Monopolstellungen (ein auch von der Linken gerne angerufenes Postulat, soweit sich der Staat nicht gegen ihre eigenen Machtpositionen in Gewerkschaften und elektronischen Massenmedien richtet).

Kurzum: die liberale Forderung «weniger Staat» ist nicht eine Absage an den Staat überhaupt, sondern bedeutet weniger

Glauben an die staatliche Machbarkeit, weniger Beschränkung des privaten Handlungsspielraumes, weniger Eingriffe in die Vertragsfreiheit des Bürgers und nicht zuletzt weniger Steuern, also weniger Abbau der Einkommensverwendungsfreiheit.

Wo stehen wir heute?

Die sechziger und die erste Hälfte der siebziger Jahre besicherten uns einen aussergewöhnlichen Vormarsch des Staates. Eine Besinnung trat mit der Rezession von 1975 ein, und die eidgenössischen Wahlen von 1979 standen erstmals unter einem völlig neuen Vorzeichen: statt Mehrleistungen des Staates wurde eine Durchforstung des Staatsapparates verlangt.

Im Steuersektor hat sich die Belastung bis 1977 ganz enorm verschärft. Nahm sich der Fiskus noch 1970 von mittleren und höheren Einkommen nur ein Drittel jedes Einkommenszuwachses, so beanspruchte er 1972 bereits zwei Fünftel oder gar die Hälfte. Offenbar sind wir hier doch an einem Wendepunkt angekommen, denn seither scheiterten zahlreiche Steuererhöhungsprojekte und ist sogar eine ganz leicht rückläufige Tendenz zu registrieren.

Ähnliches ist bezüglich der Gesetzesflut zu vermerken. Zwar ist die laufende Gesetzesproduktion immer noch beachtlich und sind gegenwärtig über 200 parlamentarische Vorstösse hängig, und doch hat man den Eindruck, dass der Höhepunkt überschritten sei. So scheiterten übersteigerte Projekte in der Raumplanung, in der Konjunkturpolitik und im Umweltschutz; sie wurden durch gemässigte Vorlagen ersetzt. Und so rief ein von Staatsgläubigkeit tiefender Expertenentwurf

für eine neue Bundesverfassung geharnischten Reaktionen aus Kreisen, die vordem noch gar dynamisch mehr Staat gefordert hatten.

Die schleichende Sozialisierung erscheint mithin fürs erste gestoppt, und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) ist recht eigentlich in die Defensive geraten. Sie muss nun behaupten, auch sie wolle sparen, auch sie wolle das Eigentum fördern, auch sie wolle die Freiheit des Bürgers. Ihre Schutzbehauptung, weniger Staat komme nur dem Reichen und Mächtigen zugute, verfängt nicht mehr; allzusehr hat auch der Durchschnittsbürger begriffen, was ihm von einem wuchernen Staat her droht.

Wohin geht die Reise?

Die Zeichen der Zeit stehen auf einer weiteren Akzentuierung der Gegensätze. Bei den bürgerlichen Parteien und bei den Organisationen der Wirtschaft ist die Entschlossenheit zu einer dezidiert freiheitlichen Position gestärkt worden. Bei der SP und den Gewerkschaften ist eine Radikalisierung im Gange, nachdem die 68er Generation in wichtige Partei- und Verbandsfunktionen hineingerutscht ist. Die SP, der ihr Winterthurer Programm und damit ihr Verständnis für die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft unbenommen geworden ist, flüchtet sich unter Führung von Intellektuellen, die noch nie eine Werkbank von nahem gesehen haben, zu utopischen Vorstellungen sich selbst verwaltender Wirtschaftseinheiten nach jugoslawischem Muster und verherrlicht die Entwicklung alternativer Wirtschaftsformen. Sie entfernt sich damit immer mehr von der Realität, der sich eine Regierungspartei auf die Dauer nicht entziehen kann.

Dieser Realität noch etwas näher verhaftet bleibt der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), aber auch er verlangt in seinem Programmentwurf nach dem Zeugnis einer seiner Sekretäre «mehr Wirtschaftslenkung, mehr Kontrolle und Staatseingriffe» als Ausdruck einer «härteren gewerkschaftlichen Grundhaltung». Ganz unverkennbar verschärft sich mithin der Kontrast zwischen dem linken und dem bürgerlichen Lager. Das ist schon ersichtlich aus der ungezügelter Sprache der Linken, die von den bürgerlichen Parteien ein eigentliches Zerrbild entwirft. Laut der «Politischen Erklärung der SP 1979-1983» wollen die Bürgerlichen «die alte Wachstums- und Verschwendungswirtschaft wieder herbeizaubern», «sich ängstlich an das Bestehende klammern und den Staat bloss «als Garanten der Profitwirtschaft» verstehen.

Aufgaben für die Bürgerlichen

Es wird Aufgabe der Bürgerlichen sein, dem Volk aufzuzeigen, dass sie gegenteils ein zutiefst humanistisches Gesellschaftsbild verfol-

«Der Freisinn» will nicht nur Informationsorgan der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) sein, sondern auch der Kantonalparteien. Auch sie sollen Gelegenheit haben, mit ihren Mitgliedern via «Freisinn» in Kontakt zu treten. Deshalb wurden bereits bei der Vorbereitung der Herausgabe des «Freisinns» die Kantonalparteien zur Mitarbeit eingeladen. Insbesondere galt es, Bedürfnis und finanzielle Konsequenzen sowie technische Probleme abzuklären.

Von der Möglichkeit, mit eigenen Seiten am «Freisinn» zu partizipieren, profitierten von Anbeginn weg die Thurgauer und Zürcher Kantonalparteien. Und seit Anfang 1980 sind auch die Berner mit dabei. In jeder Ausgabe haben die beteiligten Kantonalparteien eine oder mehrere Seiten mit eigenen Informationen, für die sie auch die redaktionelle Verantwortung tragen.

Dank diesem System — einem schweizerischen Teil, der fachtechnisch als «Mantel» bezeichnet wird, und einer oder mehrerer Kantonalseiten — ist beispielsweise die Thurgauer Partei zu einem eigenen Informationsorgan gekommen, was sie zuvor nicht konnte. Anders die Berner Freisinnigen: Sie konnten ihre bisherige Zeitung, die jährlich nur achtmal erschien und sie zudem finanziell über Gebühr belastete, durch eine häufiger erscheinende und zudem kostengünstigere ablösen.

Erfreulicherweise ist das Echo auf dieses Projekt auch bei den anderen Kantonalparteien nicht ausgeblieben. Mehrere Parteien prüfen die Möglichkeit, ebenfalls mit eigenen Seiten am «Freisinn» zu partizipieren. Die Chance ist also gross, dass die Lesergemeinde des «Freisinns» weiter wächst.

Chr. Beusch
Chr. Beusch



FDP der Schweiz mit neuer Vizepräsidentin

Anstelle der zurückgetretenen Martha Ribl wählte die Ordentliche Delegiertenversammlung neu als Vizepräsidentin Dr. Regula Freistolba. Die Aargauer Kantonsschullehrerin gehört der Geschäftsleitung bereits seit 1976 an. Als weitere Vizepräsidenten wurden von den Delegierten bestätigt: Nationalrat Pier-Felice Barchi und Nationalrat Bernard Dupont. Die Verdienste von Nationalrätin Ribl, die während vieler Jahre engagiert in der Geschäftsleitung der Partei mitwirkte, würdigte an der Versammlung Parteipräsident Yann Richter.

Inhalt

In Bewegung geratenes politisches Umfeld

Hermann Böschenstein 75jährig

Sozialismus im Vormarsch?

Wo die FDP verlor und gewann

Sonderseiten für die Kantone Zürich und Bern

Ihre
Eigenheim-
Finanzierung
nach Mass –
mit der SKA



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

gen, ein Gesellschaftsbild, das dem sozialistischen turmhoch überlegen ist. Nicht nur ist es — wegen der dem Bürger belassenen Freiräume — viel neuerungsfreundlicher und viel weniger der Erstarrung ausgesetzt, sondern es ist eben auch viel menschengerechter, und das in dreierlei Richtung:

- Es ist menschengerecht, weil es dem Menschen nichts Unmögliches abverlangt. Der Mensch ist seiner Natur nach eher egoistisch und nicht altruistisch; er ist jedenfalls nicht vollkommen. Die Formel, wonach jeder nach seinen Fähigkeiten zu geben habe und jeder nach seinen Bedürfnissen bekommen solle, kann vielleicht in kleinen Gemeinschaften praktiziert werden, sie kann aber nicht für ganze Völker erzwungen werden.
- Es ist menschengerecht, weil es Selbstentfaltung ermög-

licht. Durch die Anerkennung von möglichst grossen Handlungsspielräumen trägt es den unterschiedlichen Prioritäten der einzelnen Menschen Rechnung.

- Es ist menschengerecht, weil es vom Menschen eine Leistung abfordert. Es verwirft eine passive Schlaraffenland- und Nulltarifmentalität. Die Güter dieser Erde werden nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen, als etwas, das nur verteilt zu werden braucht. Gefordert wird ein aktiver Beitrag, und Leistung wird belohnt.

Wenn es gelingt, dies dem Bürger eindrücklich vor Augen zu führen, so wird in einigen Jahren die Feststellung möglich sein, dass der Sozialismus in der Schweiz sich nicht auf dem Vormarsch, sondern im Krebsgang befindet.

SP unterstützt ausländische Rechtsbrecher

Wenn ein Ausländer mit seinem Auto in der Schweiz eine Rotlichtampel überfährt oder ein Stoppsignal missachtet, wird er deswegen zur Rechenschaft gezogen. Denn auch er untersteht selbstverständlich in unserem Land unserer Rechtsordnung; in diesem Fall den Vorschriften des Strassenverkehrsgesetzes. Niemand verfehle wohl der Idee, den fehlbaren Ausländer vor unseren Gesetzen in Schutz zu nehmen. Wenn demgegenüber zwei ausländische Zollfahnder gegen geltendes Schweizer Recht verstossen, durch verbotene Handlungen zugunsten eines fremden Staates und wirtschaftlichen Nachrichtendienst, und sie sich dieser Delikte wegen vor unserer Justiz verantworten müssen, ist der Fall in den Augen gewisser Zeitgenossen offenbar etwas «anders» gelagert: die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) — keine politische Splittergruppe, immerhin eine Regierungspartei — hat sich spontan mit den Rechtsbrechern, zwei französischen Zollfahndern, solidarisiert.

Die SP demonstriert damit eine seltsame Rechtsauffassung. Die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches, die von den Franzosen verletzt wurden, sind wie jedes andere Gesetz auch Teile unseres Rechts, mit dem niemand ungestraft in Konflikt gerät. Es hiesse einen äusserst verhäng-

nissvollen Weg beschreiten, wollte man nach Lust und Laune beziehungsweise politischer Opportunität in einem Fall dieses Recht anwenden, in einem anderen aber nicht. Damit würde der Boden des Rechtsstaates verlassen. Wer ein geltendes Gesetz nicht akzeptieren mag, dem stehen bekanntlich legale Möglichkeiten offen, dessen Aufhebung oder Aenderung zu verlangen. Nach demokratischer Gepflogenheit muss er für sein Anliegen allerdings im Volk beziehungsweise im Parlament eine Mehrheit finden.

Offenkundig zielt aber die SP darauf, aus der Affäre um die beiden Zollfahnder politisches Kapital zu schlagen, um ihrer Antibankeninitiative propagandistisch wieder neues Leben einzuhauchen. Mit ihrem Solidaritätsbekenntnis freilich hat sich die SP selber in die Nessel gesetzt, nachdem die «Ermittlungsmethoden» der französischen Inspektoren ruchbar geworden sind. Auch ein nachträglicher Rückzieher ihres Präsidenten vermag der SP peinliche Fragen nicht zu ersparen.

Gretchenfrage des aussenstehenden Beobachters: Wie hätten sich im umgekehrten Fall wohl Frankreichs Sozialisten verhalten, wenn zwei schweizerische Zollfunktionäre in Paris versucht hätten, sich mit denselben illegalen Praktiken Informationen bei französischen Banken zu beschaffen?

schon Mitwirkungsmöglichkeit, wie gleichzeitig im Rückgang der Stimm- und Wahlbeteiligung, im Unwillen gegen die Konkordanzpolitik und gegensätzlich dazu im Postulat nach einer effizienteren politischen Zusammenarbeit zwischen den die Hauptverantwortung tragenden Parteien. Aber auch die Klage der Parteien über die verminderte Bereitschaft zur parteipolitischen Mitarbeit ist zu hören wie der Vorwurf an eben dieselben Parteien, sich für neue Kräfte zu wenig offen zu präsentieren.

Die Verantwortung für die geschilderte Situation kann kaum einseitig angelastet werden, doch wäre es falsch, die Gegebenheiten nicht zu erkennen und nicht zu versuchen, ihnen in offener Weise mit der gebotenen Dosis an Selbstkritik Rechnung zu tragen.

Solche Ueberlegungen lagen unseren Wahlvorbereitungen für die Wahlen 1979 zugrunde und sind auch in der Planung und Durchführung unserer politischen Alltagsarbeit für die nächste Zeit Ausgangspunkt. Sie führten zu klaren Aussagen im Wahlprogramm mit seinen 11 Schwerpunkten, die zum Teil vom politischen Gegner aufgegriffen wurden. Es fehlt und fehlt auch heute nicht an Versuchen zu Misseutungen, über die im «Freisinn» im Zusammenhang mit unsern Vorstellungen über das Mass der Freiheitssphäre der Bürgerinnen und Bürger bereits eingehende Darlegungen wiedergegeben worden sind.

Profilierung schliesst Zusammenarbeit nicht aus

Insgesamt darf festgestellt werden, dass die FDP mit einem klaren, aussagekräftigen und auf die schweizerischen Verhältnisse zugeschnittenen Programm in die Wahlen gezogen ist und einen aktiven, bürgernahen Wahlkampf geführt hat. Dies ist von den Wählern honoriert worden. Die Tatsache ist für uns eine Verpflichtung. Die Partei hat einen eindeutigen Wählerauftrag erhalten. Sie wird diesem auch mit allen Kräften nachleben müssen.

Das soll aber nicht hindern, die politischen Realitäten zu übersehen. Bedeutende Fragen können in unserem Lande nur durch Zusammenarbeit der die Verantwortung tragenden Parteien gelöst werden.

Schon im Verlaufe des Wahlkampfes 1979 hatten sich die Bundesratsparteien übereinstimmend für eine weitere Zusammenarbeit ausgesprochen, noch bevor die CVP den Gedanken der Erarbeitung eines gemeinsamen Minimalprogramms wieder aufnahm. Darauf angesprochen, hat die FDP u. a. in einer Presseerklärung mit Blick auf das Ausscherehen der SP bei der Finanzvorlage festgehalten, dass das Ziel der Kontakte darin bestehe, «im Interesse des Landes zumindest einen minimalen Konsens zu finden».

Mit dieser realistischen Einschätzung der bestehenden Möglichkeiten wollte die Partei den Wert der Kontaktgespräche unterstreichen, aber gleichzeitig vermeiden, Erwartungen zu wecken, die in unserem politischen System nicht erfüllbar sind.

In den Zusammenkünften, die die Delegationen der Regierungsparteien nach den Wahlen durchführten, wurde zuerst festgestellt, dass keine der Parteien eine Veränderung in der parteimässigen Zusammensetzung der Landesregierung anstrebte. Nachdem seitens der Sozialdemokraten für die künftige Arbeit ein pragmatisches Vorgehen vorgeschlagen worden war, einigten sich die Parteienvertreter doch auf die Erarbeitung einer Prioritätenliste für die in der neuen Legislatur zu behandelnden Geschäfte. Auf ein förmliches Minimalprogramm wurde verzichtet.

Die Gespräche über die Prioritätenordnung markierten recht

Neue Mitglieder der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz

Zu neuen Mitgliedern der 13köpfigen Geschäftsleitung der Partei wählte die ordentliche Delegiertenversammlung in Zürich: Ständerat Dr. Hans-Ulrich Baumberger (Herisau), Nationalrat Dr. Rudolf Friedrich (Winterthur), Gertrud Erismann-Peyer (Küsnacht ZH) sowie Jean Hiltbrunner (Genf). Während die beiden eidgenössischen Parlamentarier kaum mehr näher vorgestellt werden müssen, sind die beiden anderen neuen Geschäftsleitungsmitglieder (noch) wenig bekannt, obwohl sie schon seit Jahren aktiv in verschiedenen Parteiausschüssen mitarbeiten.



Gertrud Erismann-Peyer, lic. iur., gehört dem Zürcher

Kantonsrat und dem Gemeinderat ihrer Wohngemeinde an. Als erste Frau präsidiert sie die Geschäftsprüfungskommission der Kantonalzürcher Legislative. Sie wurde als Vertreterin der freisinnigen Frauen in die Geschäftsleitung gewählt, während Jean Hiltbrunner der Re-



präsentant der FDP nahestehenden Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS) ist. Der 29jährige Genfer verdiente sich seine beruflichen Sporen in mehreren Auslandsaufenthalten ab und ist gegenwärtig in einem Genfer Handelsunternehmen tätig. Parteipolitisch ist er — neben seinem Engagement in der JBS — in Gremien der Genfer und der schweizerischen Partei tätig.

deutlich, wo bei kommenden Vorlagen ein Konsens bestehen dürfte und in welchen Fragen Gegensätzlichkeiten bestehen werden. Insofern hatte die Erarbeitung einer Prioritätenliste einen nicht zu unterschätzenden informativen Wert, wenn auch grundsätzlich zu bedauern ist, dass nicht wenigstens für einige der zu realisierenden Aufgaben zum voraus ein gültiger Konsens erarbeitet werden konnte, wofür offensichtlich bei den Gesprächspartnern zur Linken kein Wille bestand. Ihr geringes Interesse an einer kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der Regierungsparteien dokumentierte die SP in jüngster Zeit verschiedentlich.

Rundumschläge der SP

Typisches Beispiel dafür ist auch der 1.-Mai-Aufruf. Darin zieht sie kräftig gegen die bürgerlichen Parteien und insbesondere die Freisinnigen vom Leder, die SP-Präsident Hubacher schon als Hauptfeind bezeichnete. Der «sozialen Demontage» und dem «Staatsabbau» hätten sich die bürgerlichen Parteien unter der Führung der Freisinnigen verschrieben. Nun, die Rundumschläge der SP sind nicht neu. Sie treffen deshalb nicht mehr.

Typisch auch die Haltung der SP zum sowjetischen Ueberfall auf Afghanistan. Die Partei hat bis heute erst eine zurückhaltende Erklärung abgegeben und ist offensichtlich nicht bereit, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Bezeichnet jedoch alle jene, die die Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit mit Be-

sognis betrachten, als «kalte Krieger». Hier wird die Frage noch zu stellen sein, ob diese Partei überhaupt noch bereit ist, unserem Land jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die es braucht, um seine Unabhängigkeit und Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei. Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32. Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Ein SBG-Angebot für Saisonbetriebe.

Wenn Sie Ihren Betrieb das ganze Jahr flexibel führen wollen, sollten Sie mit uns über einen Saisonkredit reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir Ihnen beweisen können, dass wir für jedes Problem den richtigen Kredit haben.



Schweizerische Bankgesellschaft



Weltoffen: Wir haben eigene Banken in London und in New York und eigene Vertretungen in weiteren Zentren des Auslandes. Der persönliche Kontakt ist eng und häufig. Das kommt unseren Kunden zugute.

BANK JULIUS BAR & CO AG
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon (01) 228 51 11

Terminkalender

- | | |
|-------|---|
| Junli | 2.—20. Session eidgenössische Räte |
| | 2. Fraktionsvorstand |
| | 3. Fraktionssitzung |
| | 9. Geschäftsleitung |
| | 10. Fraktionsvorstand/ Fraktionssitzung |
| | 11. Fraktionsausflug |
| | 20. Delegiertenrat |
| Julli | 4. Geschäftsleitung |
| | 4./5. Reservedatum FDP Schweiz |

Hermann Böschenssteins Erinnerungen
aus fünfzig dramatischen Jahren

«Vor unsern Augen» — Eine ausserordentliche Autobiographie

Durch seine Werke zur Geschichte der Schweiz und durch Biographien von Bundesräten hat sich Dr. h. c. Hermann Böschenstein über die Qualifikation als gewissenhafter Historiker längst ausgewiesen. Mit einer Brillanz, die seine Leser an ihm gewohnt sind, offen und mit faszinierenden Pointen, legt er ein neues, persönliches Werk vor: «Vor unsern Augen. Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935—1945», erschienen im Verlag Stämpfli, Bern. Dr. Kurt Bächtold, alt Ständerat, Schaffhausen, stellt das Werk vor. Gewesenes, Gewordenes und Vorhandenes wird im Buch von Hermann Böschenstein zu einem dichten Netz gewoben.

Der Verfasser gehörte zu jenen Schweizer Journalisten, die in den sturmbelegten Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs auf einem exponierten Posten standen. Er fasst Beobachtungen und Erfahrungen zusammen, die er während einer Epoche, in der über das Schicksal Europas entschieden wurde, in Berlin, Paris und Bern gemacht hat. Mit dem Rüstzeug des Juristen und Historikers ausgestattet, beobachtete er die politische Bühne und die Akteure nicht aus der Ferne. Er hat sie als akkreditierter Berichterstatter in ihren Aktivitäten, gesellschaftlichen Umkreisen und oft auch in persönlichen Gesprächen aus der Nähe mit eigenen Augen gesehen. Seine Erfahrungen und Überlegungen stellt er in weitgespannte Zusammenhänge hinein. Innerhalb der Memoirenliteratur und der Autobiographien, die sich in letzter Zeit häufen, bildet dieses Werk etwas Besonderes.

Meisterstücke der Porträtierungskunst

Hermann Böschenstein trat seinen Berliner Korrespondentenposten für die «Basler Nachrichten» in einem Zeitpunkt an, da sich die Herrschaft Hitlers bereits gefe-

stigt und die aussenpolitische Szene verdüstert hatte. Inmitten schwindender Informationsmöglichkeiten gelang es ihm nicht zuletzt durch persönliche Bekanntschaften und durch Kontakte mit allen Volksschichten, ein klares, von Propaganda unverstelltes Bild im Wesen des Dritten Reiches zu gewinnen. Das Erinnerungsbuch gibt weit mehr als die authentische Schilderung von historischen Abläufen. Es erhält seinen Reiz und Rang durch eine Fülle unbekannter Einzelheiten und Stimmungsbilder. Böschenssteins Charakterbilder führender Gestalten in Berlin, Paris und der Schweiz sind oft Meisterstücke der Porträtierungskunst.

Unaufhaltsame Lawine

Im Gegensatz zu anderen Eidgenossen, Bundesräten und Gesandten, erhielt der Autor rasch und früh den Eindruck, dass die Lawine nicht mehr aufzuhalten sei. Er erkannte die fanatische Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, die letzten Beschränkungen des Versailler Vertrages abzuschütteln. Die ungeheure Aufrüstung vollzog sich für den, der sehen und hören wollte, im Grunde genommen «vor unsern Augen» in der Öffentlichkeit, der gegenüber die Mutmassungen in Paris und London über die Ziele Hitlers geradezu gespenstisch anmuteten. Das Verhalten gewisser Schweizer, wie etwa des alt Bundesrates Edmund Schulthess, der sich um den Diktator drängte, um Friedensklärungen zu hören, erhält eine scharfe Aburteilung.

Zu den schönsten Ehrenmeldungen im Leben Hermann Böschenssteins gehört es, dass ihm seine unbestechliche und scharfsichtige Darstellung der Tatsachen die Ausweisung eintrug. Er kehrte mit der Gewissheit in die Schweiz zurück, dass ein von Hitler bewusst entfesselter neuer Weltkrieg nur eine Frage der Zeit sei. Aber noch gab es viele Schweizer in verantwortungsvollen Positionen, die daran nicht glauben wollten.

Zerrissenes Frankreich

Mit geschärften Augen kam Böschenstein nach Paris, wo eben Walter Stucki, erfolgreicher Schöpfer der Handelsverträge der Zwischenkriegszeit, Gesandter geworden war. Das Kapitel «Frankreich» gewinnt durch Kontrastwirkung Ausdruckskraft und erhöhte Konturen; denn die politischen Verhältnisse und Arbeitsbedingungen im Land der republikanischen Freiheit waren im Vergleich zu Deutschland grundverschieden. In den ersten Kammer-sitzungen erhielt der Berichterstatter erschütternde Eindrücke von den hasserfüllten Gegensätzen, während Hitler mit seinen 99prozentigen «Wahl»-Ergebnissen triumphieren konnte. Frankreichs osteuropäische Verbündete mussten angesichts dieser Zerrissenheit das Vertrauen in die französische Bündnistreue verlieren.

Grandioser Irrtum

Ein Hauptthema der Aufzeichnungen Böschenssteins über das Ende der Dritten Republik und ihrer tragischen Gestalten wie Léon Blum, Flandin, Bonnet, Reynaud, Laval, Daladier ist die innere Abwehrbereitschaft. «Es gibt kein friedlicheres Volk als die Franzosen!» notierte er, die Stimmung eines Sonntagmorgens in Berlin mit jener in Paris vergleichend, die militärischen Aufmärsche mit dem gemütlichen Spaziergang ins Bistro. Die Bereitschaft, um die Erhaltung des Friedens willen die Tschechoslowakei preiszugeben, wird durch die Wiedergabe von Gesprächen mit Franzosen aller Volksschichten bestätigt. Als Gipfel des grandiosen Irrtums der «Grande Nation» schildert Böschenstein, wie das Massenblatt «Paris-Soir» nach der schmachvollen Kapitulation von München eine Geldsammlung veranstaltete, um dem «Friedensretter» Chamberlain ein französisches Landhaus zu schenken.

Auch das Frankreich gewidmete Kapitel dieses Werkes ist voll von politischer Weisheit, getreu der Ueberzeugung des Verfassers, die sich unerschrocken gegen alle Formen von Extremismus, der Erschlaffung und des Appeasements richtet. So wird aus dem Erinnerungsbuch ein Lehrbuch von hoher Aktualität.

Rückkehr in die Heimat

Als Beobachter der internationalen Szene kehrte Böschenstein in einer Zeit ungeheurer Spannung nach Bern zurück, wo er sich ganz in seinem Element fühlte. Auch nach dem Erscheinen des Bonjour-Berichtes und anderer Publikationen gibt es noch immer offene Fragen, etwa über die Haltung des Bundesrates in jenen Jahren und namentlich über die umstrittenste Gestalt, den Aus-senminister Pilet-Golaz, der die Weiterführung des Krieges in seiner umstrittenen Rede als sinnlos bezeichnete.

Um die Wahrheit ringend und Subjektivität nie verleugnend, lässt der Verfasser mit zahlreichen Reminiscenzen die massgebenden Politiker Revue passieren. Er scheut sich nicht — für den Leser zum Teil überraschend —, Namen von Parlamentariern zu nennen, die eine Politik der Anpassung befürworteten.

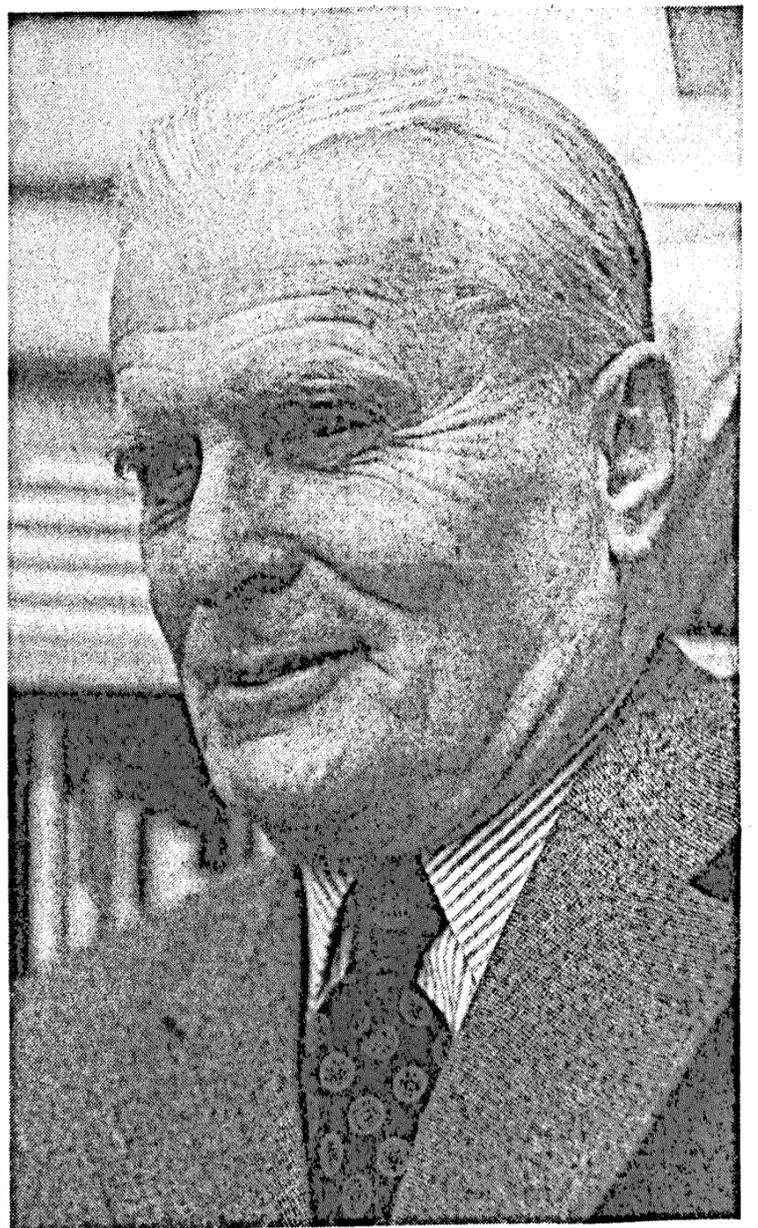
Fatale Erkenntnis

Durch seine Standhaftigkeit und Seriosität gewann er das Vertrauen des Chefs des Volkswirtschaftsdepartements, Walther Stampfli, dem er ein eigenes, aufschlussreiches Kapitel widmet. Böschenssteins Gesamturteil ist eindeutig: «Nach allem, was die zeitgeschichtliche Forschung in vier Jahrzehnten erarbeitet hat, halte ich an meiner These fest, dass die Schweiz im Zeitpunkt der zweiten Mobilmachung im Mai 1940 die schwächste Landesregierung seit 1848 hatte.» An dieser fatalen Erkenntnis wird kaum mehr zu rütteln sein. Immerhin dürfen wir mit dem Verfasser feststellen: Was im bedrohten Frankreich nie möglich war und vergeblich herbeigeredet wurde, eine echte «Union nationale», gelang in der Schweiz nach der Stimmungskrise von 1940 einigermaßen.

Spannende Lektüre

Um dieses Buch und seinen Verfasser weht der Wind grosser Auseinandersetzungen und Entscheidungen. Es ist ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Ein Personenverzeichnis und knappe Erläuterungen wichtiger Fakten wie «Rütli-Rapport» oder «Eingabe der Zweihundert» leisten dazu wertvolle Hilfe. Böschenssteins Erinnerungen, ganz persönlich geschrieben, straff gefasst und immer beleuchtet durch historische Szenen, besagen mehr als Akten und Dokumente, die oft mehr verschweigen als kundgeben.

Hermann Böschenstein 75jährig



Auch ein Hermann Böschenstein wird älter. Man merkt es allerdings nur, wenn sich über das markante Gesicht ein Schatten von Müdigkeit legt. Wer sein Arbeitspensum verfolgt, der würde niemals vermuten, dass der von Erfolg zu Erfolg schreitende Publizist am 29. Mai den 75. Geburtstag feiere.

Für jeden andern wäre ein solches Jubiläum Anlass zum Stillhalten. Böschenstein scheint sich bei der Arbeit zu erholen. Jetzt, da er das bewegte Leben eines von den Tagesereignissen getriebenen Journalisten hinter sich weiss, kostet er es aus, um so mehr Zeit für grössere Arbeiten aufwenden zu können, die er sich in früheren Jahren in den Abend- und Nachtstunden abringen musste.

Es war für den Berufskollegen, der mit ihm im Journalistenzimmer des Bundeshauses die Tagesaktualität verfolgt und die wachsende Informationsflut zu bewältigen versucht hat, immer ein kleines Wunder, wie sein Nebenmann die gleichen Aufgaben meisterte: Ein Blick auf die gedruckte Botschaft, und schon klapperte die Maschine. Hier ein kurzer Auszug, dort ein Passus, und wenn die Maschinen der andern nach endlich erledigter Lektüre der Unterlagen in Bewegung gesetzt wurden, war Böschenstein schon bei den letzten Sätzen. Er hatte das Wesentliche in treffender Formulierung herausgepfückt.

Es ist dieser Blick für die entscheidenden Fakten, der den Journalisten Böschenstein auszeichnet. Er stellt diese Gabe stets neu unter Beweis, wenn er, obwohl er nun seltener im Bundeshaus auftaucht, Woche für Woche in seiner «Eidgenössischen Rundschau» für den FDP-Pressedienst die wichtigsten Ereignisse souverän nachzeichnet und würdigt. Nicht minder erstaunlich seine Fähigkeit, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun: Ob der meisterliche Uebersetzer aus der Kabine des Nationalratssaales oder des Berner Grossen Rates die französisch gehaltenen Voten der Parlamentarier hier in gutes Berndeutsch übertrug, dort in Schriftdeutsch laufend in das Mikrophon sprach — er hat es fertiggebracht, nebenher auch seinen Bericht für die Zeitung zu Papier zu bringen. Soviel zum «Broterwerb».

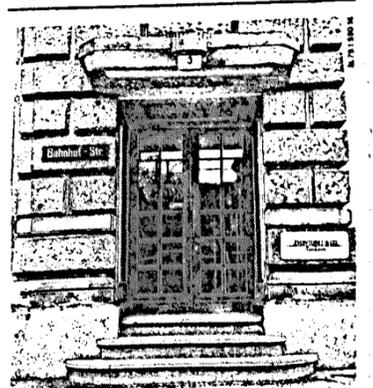
Seine Befriedigung hat Böschenstein in historischen Arbeiten gesucht und gefunden. Es sind namentlich die auf Grund hinterlassener Tagebücher sowie naher persönlicher Kenntnisse der Personen und Ereignisse von ihm geschriebenen Lebensbilder bedeutender Bundesräte, die früh schon besondere Beachtung fanden. Erstmals Aufsehen erregte das 1946 veröffentlichte Lebensbild von Carl Schenk, zu dessen Aufzeichnungen Böschenstein als angeheirateter Nachbarjahre des grossen Berners Zugang hatte. Er wurde durch diesen Erfolg ermuntert, sich auch mit Schenks Vorgänger im Bundesrat näher zu befassen und «Jakob Stämpflis letzte Lebensjahre» nachzuzeichnen. Ein für das aargauische Lexikon verfasster Lebensabriss von Edmund Schulthess trug ihm das Vertrauen der Witwe Schulthess ein, die ihm den schriftlichen Nachlass des umstrittenen

Aargauers anvertraute. Dessen Frucht war die Darstellung eines halben Jahrhunderts aargauischer und eidgenössischer Politik vor und nach der letzten Jahrhundertwende. 1971 hat Böschenstein die Tagebücher von Karl Scheurer herausgegeben. Zurzeit wird der Nachlass von Hermann Obrecht bearbeitet.

Es sind das nur die wichtigsten Hinweise auf die «Freizeitarbeit» eines Historikers aus Passion, der nach seinem Studiengang eigentlich Jurist ist, dann sich dem Journalismus verschrieben, als Inlandredaktor begonnen, als Berichterstatter in Berlin und Paris die kritischen Jahre vor und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs am Puls der Weltgeschichte verfolgt und schliesslich als Bundeshausredaktor wieder an der ersten Spitze seines Wirkens Einkehr gehalten hat. Einiges aus diesem bewegten Leben ist in den 1978 herausgegebenen Aufzeichnungen über das Jahrzehnt 1935—45 nachzulesen, die unter dem Titel «Vor unsern Augen» die Berliner und Pariser Jahre und die Aktivdienstzeit schildern. Anders lässt Böschenstein in seine gesuchten Rezensionen historischer Schriften für führende Tageszeitungen am Rande einfließen.

Der Historiker ist 1972 von der Philosophischen Fakultät der Universität Bern mit der Ehrendoktorwürde geehrt worden. Er wurde auch mit andern späteren Auszeichnungen bedacht. Der Freund und Berufskollege hat solcher Würdigung nichts Gleichwertiges zur Seite zu stellen. Er richtet schlicht seine aufrichtigen Geburtstagswünsche in das Landhaus Im Winkel, wo ein Unermüdlicher, mit dem Erreichten berechtigterweise zufrieden, sich einen Tag der Ruhe gönnt.

Arnold Fisch



J. VON TOBEL & CO.

Bankiers

Zürich grosser Postbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812306

Der SP-Präsident als Transparentertrümmere

Schnell sind er und seine Gesinnungsgenossen zur Stelle, wenn es darum geht, vermeintliche oder tatsächliche Einschränkungen demokratischer Rechte anzuprangern. Und dies, obwohl er selbst schon verschiedentlich ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis an den Tag legte, das sich bis anhin allerdings meist nur in verbalen Kraftmeisereien manifestierte. Nun ist er eine Stufe weiter und zur Tat geschritten, nachdem er zuvor vom Schreibtisch aus einer Minderheit einen Maulkorb umzuhängen versuchte.

Die Rede ist von Helmut Hubacher, seines Zeichens Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und Sekretär des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt. Hubacher verbot den Offra-Frauen, an der 1.-Mai-Feier in Basel zu sprechen. Aber er liess es nicht beim Verbot bewenden. Als die Offra-Vertreterinnen an der Kundgebung diese Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit protestierten, wurde er gemäss einem Bericht in der «Basler Zeitung» handgreiflich: «Männer, allen voran Nationalrat Helmut Hubacher, aber auch andere, ergriffen Fahnenstangen der Frauen, zerrissen den Stoff, zerbrachen Stangen, zerrten, pufften, traten und stiessen die Frauen. Hubacher traf, mit einer Latte fuchtelnd, sogar einen seiner ruhigeren — SP- und Gewerkschaftsgenossen. Von der Treppe des Rednerpodiums stiess ein anderer Frauen hinunter. Und von unten rissen Männer an Frauen. „Zieh deine Brille heber ab“, schrie einer eine Frau an. Und dann versetzte er ihr einen Tritt.»

Die Schizophrenie Hubachers und seiner Genossen ist schon eigenartig. Sie, die gerne jede 1.-Mai-Kundgebung dazu benutzen, sich in ihren Ansprüchen ihres heldenhaften Kampfes linker Männer und Frauen gegen Maulkörbe und Redeverbote zu rühmen, sind die ersten, die andern (ebenfalls «Unterdrückten», «Minderheiten» und «Linken») einen Maulkorb umhängen. Dass sie noch zum primitivsten aller Mittel griffen, der direkten Gewalt, sagt einiges über deren Gesinnung (auch jene des SP-Präsidenten) aus.

Cerberus



Die Mercedes-Benz T-Reihe. Mercedes-Perfektion in ihrer vielseitigsten Form.

Die vor zwei Jahren neu erschienenen Mercedes-T-Typen waren von Anfang an weltweit ein grosser Erfolg. Kein Wunder.

Dem PW-Fahrer steht nun eine 5türige Mercedes-Limousine zu Diensten, die bis zu sieben Erwachsene aufnimmt – bei Bedarf aber auch sperrige Gegenstände, für die sonst ein Anhänger benötigt würde. Und wer den Mercedes T beruflich zur Warenbeförderung verwendet, ist für Freizeit und Ferien nicht auf einen Zweitwagen angewiesen.

Als eleganter Personenwagen mit variablem Sitz- und Gepäckraum lässt sich ein Mercedes-Benz T durch wenige Handgriffe in ein Fahrzeug mit bis 1,48 m breiter und 2,86 m langer Ladefläche ver-

wandeln. Auf Wunsch sind Container, Boxen und Träger für Boote, Surfbretter und Fahrräder erhältlich, die auf der serienmässigen Dachreling verankert werden können.

Zur Wahl stehen 3 Benzin- und 2 Diesel-Modelle. Jeder Typ hat serienmässig eine Niveauregulierung, die eine Bereicherung ersten Ranges darstellt. Sie hält das Fahrzeug unabhängig von der Belastung und Gewichtsverteilung in optimaler

Lage, so dass Sie sich auf die überlegenen Fahreigenschaften immer voll verlassen können.

Wie alle Mercedes verbürgen auch die T-Typen höchstmögliche aktive und passive Sicherheit, verfeinerten Komfort und hohe Leistungsreserven von Motor und Fahrwerk. Und die Wertbeständigkeit dank vorbildlicher Fertigungs- und Ausstattungsqualität trägt ebenso zur Wirtschaftlichkeit bei wie der relativ zur Leistung mässige Verbrauch.

Mit der weltbekannten Mercedes-Perfektion sowie den vielen möglichen Sitz- und Laderaum-Kombinationen gestattet jeder Mercedes-Benz der T-Reihe eine neue Art des Autofahrens: die vielseitigste Art, am besten zu fahren.



Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Strassen.



Analyse der Nationalratswahlen 1979

FDP-Wahlerfolg dank Zuzüglern aus anderen Parteien

In den Nationalratswahlen 1979 vermochten alle vier Regierungsparteien rund vier Fünftel ihrer Wähler von 1975 bei der Stange zu halten. Im Unterschied zu den anderen Parteien hat die FDP jedoch am meisten Wähler an andere Parteien verloren. Der freisinnige Wahlerfolg muss demnach darauf zurückgeführt werden, dass es der Partei gelungen ist, Verluste mit Zuzüglern aus anderen Parteien oder aus dem Lager der 1975 parteimässig Unentschlossenen wettzumachen.

Dies ist eines der Ergebnisse einer Analyse zu den Nationalratswahlen vom vergangenen Jahr, die von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung und vom Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern durchgeführt wurde.

Wichtiges Merkmal der 79er-Wahlen in die grosse Kammer war neben der ungebrochenen politischen Stabilität und der seit Einführung des Proporzwahlsystems niedrigsten Wahlbeteiligung die ausgesprochen hohe Wählerstabilität. Von den Wählern, die sich schon 1975 an den Parlamentswahlen beteiligt haben, sind neun von zehn ihrer Partei treu geblieben. Verantwortlich für das Ausbleiben von politischen Erdbeben ist nach Meinung der Autoren der Analyse die Parteitreu der Wähler und nicht etwa der Umstand, dass sich fluktuierende Wechselstimmen die Waage hielten.

Kompensation

Obwohl die Unterschiede zwischen den Regierungsparteien hinsichtlich der Wählerstabilität eher gering sind, bleiben diese im Hinblick auf die Wahlergebnisse doch recht aufschlussreich. Während beispielsweise die SVP ihren Wahlerfolg einer ausserordentlich hohen Mobilisierung ihrer potentiellen Wähler sowie einem Achtungserfolg bei den Erstwählern verdankt, war beim Wahlsieger, der FDP, offensichtlich ein anderer Faktor ausschlaggebend. Die Beteiligungsquote der Parteiwählerschaft von 1975 ist zwar vier Jahre später, wie bei allen bürgerlichen Parteien, ausserordentlich hoch. Von den grösseren Parteien

hat die FDP jedoch am meisten Wähler an andere Parteien verloren. Somit muss es ihr gelungen sein, Verluste mit ehemaligen Sympathisanten anderer Parteien oder aus dem Kreis jener zu kompensieren, die 1975 parteimässig noch unentschlossen waren.

Breite Verankerung der FDP-Wählerschaft

Welches sind nun die Wähler, die 1979 der FDP gegenüber anderen Parteien den Vorzug gaben? Allgemein lässt sich feststellen, dass die historisch begründbare Verankerung der einzelnen Parteien in bestimmten Berufs- und Konfessionsgruppen sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zwar gelockert hat, die Schwerpunkte aber gleich geblieben sind. So rekrutiert sich die FDP-Wählerschaft nach wie vor hauptsächlich aus Selbständigerwerbenden sowie leitenden und mittleren Angestellten. Von der freisinnigen Wählerschaft waren 1979 rund 20 Prozent Selbständigerwerbende, 13 Prozent leitende Angestellte und 29 Prozent Angestellte. Der Anteil der Arbeiter macht aber immerhin noch 16 Prozent aus, jener der Landwirte 11 Prozent.

Konfessionell lässt sich in der Wählerschaft der FDP eine Uebersetzung der reformierten Bürger feststellen: auf einen katholischen Wähler fallen zwei reformierte. Weiteres interessantes Indiz, das die Analyse zutage gebracht hat, ist die Tatsache, dass die FDP — zusammen mit der EVP und den POCH — am meisten Sympathien bei den Wählerinnen fand. Im Gegensatz etwa zu den POCH steht bei der FDP der hohe Anteil weiblicher Wähler im umgekehrten Verhältnis zur Zahl

der Kandidatinnen auf den verschiedenen Wahllisten.

Parteisympathie entscheidend

Die Analyse geht im weiteren auf die Frage ein, welche Motive beim Wahlentscheid im Vordergrund stehen: die traditionelle Bindung an eine bestimmte Partei, die Einstellung der Partei zu wichtigen Streitfragen oder die Persönlichkeit der Kandidaten. Ohne Zweifel wichtigstes Auswahlprinzip beim Entscheid ist die Sympathie zu einer bestimmten Partei, doch ist dies nicht der alles dominierende Faktor. So zeigt sich an der ausgeprägten Vorliebe der Wähler für das Panaschieren und Kumulieren die grosse Bedeutung der Persönlichkeit der Kandidaten.

Von den Parteisymphathisanten der FDP entschieden sich rund 35 Prozent für diese Partei, weil ihnen die politische Richtung zusagte. Deutlich zurück in der Rangliste der Vorzüge der eigenen Partei liegen Motive wie «politischer Stil» (10 Prozent) oder «Partei vertritt Allgemeinwohl» (8 Prozent). Im Gegensatz zu anderen Parteien, beispielsweise zur SP, spielt der Gruppenbezug bei der FDP nur eine untergeordnete Rolle. Nur 6 Prozent der freisinnigen Sympathisanten gaben der Partei ihre Stimme, weil sie glaubten, die FDP vertrete ihre Klasse oder Schicht. Bei der SP war der Gruppenbezug für immerhin 51 Prozent der Parteisymphathisanten das entscheidende Wahlmotiv, bei der SVP für 35 Prozent.

Slogans wenig bekannt

Auf wenig fruchtbaren Boden fielen nach dem Urteil der Analyse die Werbekampagnen der einzelnen Parteien. Die Untersuchung hebt hervor, dass die im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen angesetzten Werbekampagnen wahrscheinlich weniger bringen, als bis heute angenommen wurde. Hervorgehoben wird etwa die Tatsache, dass 60 Prozent der Wähler sich schon mehrere Wochen vor dem Urnengang für eine bestimmte Partei entschieden haben oder dass die Gruppe der Wechselwähler, die sich kürzer als zwei Wochen vor der Wahl für eine andere als 1975 gewählte Partei entschied, lediglich drei Prozent der Gesamtwählerschaft ausmacht.

Im Durchschnitt vermochte lediglich etwa ein Viertel der Wählenden hinter den einzelnen Par-

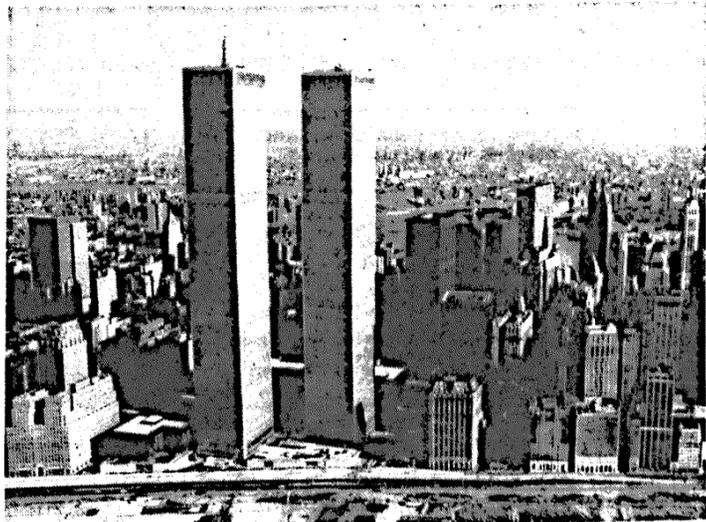
teislogans die entsprechende Partei zu erkennen, ein weiteres Viertel tippte falsch, und rund die Hälfte wusste keine Antwort. Besser bekannt waren die Slogans bei den Wählern der einzelnen Parteien: im Durchschnitt erkannten 40 von 100 Wählern den Werbespruch ihrer Partei. Auf die FDP bezogen ergibt sich ein leicht anderes Bild: von allen Urnengängern erkannten rund 28 Prozent hinter dem Slogan «Ideen, Köp-

fe, beherzte Taten» die FDP. Von den Wählern, die der FDP die Stimme gaben, erkannten 42 Prozent «ihren» Werbespruch, wobei dieser Prozentsatz in der Westschweiz («Du cran et du cœur») mit 56 Prozent wesentlich höher war als in der deutschen Schweiz mit 37 Prozent. Wobei in der Deutschschweiz die FDP mit insgesamt 14 Slogans operierte, so dass das diesbezügliche Ergebnis der Umfrage zu relativieren ist.

Wahlverhalten der Parteiwählerschaften von 1975

Hauptpartei 1975	Beteiligung 1979 (in %)	Davon für die gleiche Partei wie 1975	Parteitreu
CVP	84,3	94,3	79,5
FDP	82,8	90,5	74,9
SPS	79,0	93,5	73,9
SVP	84,3	98,9	83,4
LdU	87,0	62,2	54,1
LPS	84,4	70,1	59,2
EVP	100	42,9	42,9
PdA	76,4	79,4	60,7
POCH	100	50,0	50,0
NA/Rep	57,1	100	57,1

Mit der FDP nach den USA



Die Freisinnig-Demokratische Partei des Kantons Zürich organisiert vom 20. September bis zum 5. Oktober eine Studienreise nach den USA. Die Wahl fiel auf Amerika, nicht nur weil dieses Land unendlich viel zu bieten hat, sondern ganz besonders auch im Hinblick auf die stattfindenden Präsidentenwahlen. Die Teilnehmer dieser Reise werden Gelegenheit haben, an einigen der grossen Wahlveranstaltungen teilzunehmen. Die Reise führt von Chicago nach San Francisco, San Simeon, Los Angeles, Las Vegas, Grand Canyon, Phoenix und New York.

Etwas später — vom 15. bis zum 23. Oktober — weilen die Berner Freisinnigen in den USA. Die Studienreise, organisiert von der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Bern, soll ebenfalls FDP-Mitgliedern Gelegenheit geben, die politische Szene der USA aus nächster Nähe kennenzulernen und an Präsidentenwahlveranstaltungen teilzunehmen. Besucht werden die Städte New York, New Orleans, Orlando, das Raumfahrtzentrum in Cape Canaveral sowie Disneyland.

Die Berner und Zürcher Parteifreunde würden sich freuen, FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz auf dieser Reise begrüssen zu dürfen.

Verlangen Sie bitte den detaillierten Reiseprospekt beim Sekretariat der FDP des Kantons Zürich, St. Urban-Gasse 4, Postfach, 8024 Zürich, (01) 251 02 27 od. 251 40 06, oder beim Sekretariat der FDP des Kantons Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern, (031) 22 74 60.

Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Puder-mantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück/Fr. 6.—



Cigarros Autenticos.

Klare Haltung der FDP der Schweiz

Trauerspiel um Olympia-Teilnahme

Zu einem wenig erhebenden Spiel gestaltete sich die Frage über die Teil- oder eben Nicht-Teilnahme schweizerischer Olympioniken an den Sommerspielen 1980 in Moskau. Nach einem wenig erhebenden Hin und Her kam ein Entscheid zustande, der einen höchst bitteren Nachgeschmack hinterlässt.

Mit einem Zufallsmehr sprachen sich an der Generalversammlung des Schweizerischen Olympischen Komitees die Delegierten für eine Annahme der Einladung aus. Die Schweiz wird sich demnach an den (Rumpf-)Spielen der XXII. Olympiade beteiligen. In welchen Sportarten allerdings ist bis Redaktionsschluss freilich noch offen; verschiedene Verbände er-

klärten allerdings schon vor dem SOK-Entscheid klar, sie würden in Moskau nicht dabei sein.

Von den politischen Parteien wurde an die Sportler und die Sportverbände appelliert, auf die Entsendung einer Delegation nach Moskau zu verzichten. Einzig die SP sowie weitere Linksgroupierungen sprachen sich für eine Teilnahme aus.

Die FDP der Schweiz erörterte die Frage «Moskau – Ja oder Nein?» sehr eingehend. Sowohl die Geschäftsleitung der Partei als auch der von alt Nationalrat Dr. Gerhart Schürch präsidierte aussenpolitische Ausschuss liessen sich (kontradiktorisch) orientieren. Delegiertenrat und Fraktion beschlossen vorgängig der Zürcher Delegiertenversammlung an einer gemeinsamen Aussprache, die der Erörterung der aussen- und sicherheitspolitischen Situation gewidmet war, folgende Resolution:

«Delegiertenrat und Bundesversammlung der FDP der Schweiz anerkennen die ideelle und völkerverbindende Bedeutung des Sports und internationaler Sportwettbewerbe. Sie sind sich aber auch bewusst, dass solche Anlässe zu propagandistischen Zwecken missbraucht werden können. In der Schweiz liegt es in der Kompetenz der Sportler und des Schweizerischen Olympischen Komitees, über die Teilnahme an den Olympischen Spie-

len zu entscheiden. Dies wird von beiden FDP-Organen ausdrücklich anerkannt. Sie erwarten deshalb von den Schweizer Sportlern und ihren Organisationen, dass sie auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau so lange verzichten, als die Sowjetunion in Afghanistan ihren Aggressionskrieg fortsetzt.»

Nach dem Entscheid des SOK erneuerte und bekräftigte die Partei in einer Pressemitteilung ihre Aufforderung an die Sportler und

Sportverbände, auf eine Beschickung der Moskauer Spiele zu verzichten: «Der Widerspruch zwischen der friedlichen und völkerverbindenden Idee der Spiele, wie sie in der Olympischen Charta niedergeschrieben ist, und der von der Sowjetunion gegenwärtig verfolgten Politik ist zu offensichtlich. Es lässt sich zudem nicht leugnen, dass die Sowjetunion beabsichtigt, die Olympischen Spiele für propagandistische Zwecke zu missbrauchen.»

Leserbriefe

Warum nicht Kanton Delsberg?

Durch ein solides rechtsstaatliches Verfahren hat die Eidgenossenschaft einen neuen Kanton erhalten. Durch Volksabstimmungen entschieden sich die direkt betroffenen Bevölkerungsteile mit klaren Mehrheiten für die entsprechende Kantonzugehörigkeit, die drei nordjurassischen Bezirke für den neuen Kanton, die drei südjurassischen Bezirke für den Verbleib im Kanton Bern.

Leider muss man heute feststellen, dass damit das Problem nicht aus dem Weg geräumt ist, dass durch Provokation und Abnutzungsstrategie auch die Bevölkerung des Berner Juras für den «Anschluss» mühe gemacht werden soll. Im Schweizervolk, das in so eindrucksvoller Weise für eine friedliche Lösung stimmte, ist inzwischen eine erge Ernüchterung, ja Enttäuschung festzustellen, und man muss sich wirklich fragen, ob wir «noch 30 Jahre Krach im Jura» haben wollen, wie es eine Zeitung formulierte. Das darf nicht sein.

Was heisst «Jura»?

Eine klare, unmissverständliche Antwort würde der da und dort in der Ostschweiz aufgetauchte Gedanke enthalten, nachträglich den offiziellen Namen «Kanton Jura» in «Kanton Delsberg» zu ändern. Damit würde das Gebiet des neuen Kantons eindeutig abgegrenzt. Denn was bedeutet eigentlich der Jura? Der Jura ist zunächst ein grosses europäisches Bergsystem, das, wie dem französischen Lexikon Larousse zu entnehmen ist, sich über Gebiete von Frankreich, der Schweiz und Deutschland erstreckt. In unserem Lande selber sind zahlreiche Kantone mit dem Jura verbunden: Waadt, Neuenburg, Bern, Solothurn, Baselland, Aargau, ja auch Zürich. Alle Bewohner dieser Gebiete sind im geographischen Sinne Jurassier. Die Wahl des Namens «Kanton Jura» umfasst deshalb einen expansionistischen Anspruch, der weit über das betreffende Territorium hinaus geht. Und die Art und Weise, wie vom Rassemblement juras-

sien operiert wird, lässt vermuten, dass nach Aufschlucken des Berner Juras die begehlichen Blicke weiterschweifen werden.

Bevor grösseres Unheil mit unserem Bundesstaat passiert, sollte sich das Schweizervolk ernsthaft überlegen, ob nicht auf rechtsstaatlichem Wege ein Riegel gestossen werden müsste. Nicht weniger als 14 Schweizer Kantone tragen ihren Namen nach ihrer Hauptstadt. Weshalb nicht auch ein Kanton Delsberg? Dann wäre der schöne Name Jura wieder ein rein geographischer Begriff, und jeder nordwestliche Schweizer Kanton hätte seinen eigenen Jura, den Waadtländer, den Neuenburger, den Berner, den Delsberger und den Baselbieter Jura.

Nicht das erste Mal Namensänderung

Eine Verwirklichung dieser Idee setzte eine Aenderung der Bundesverfassung voraus. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass in der Schweiz der Name eines Standes geändert würde. Denn der Kanton St. Gallen hiess zunächst bekanntlich «Kanton Sentis». Wie aus den im St. Galler Staatsarchiv noch vorhandenen Akten hervorgeht, wurde die Stadt St. Gallen im Jahre 1798 anlässlich der Gründung der helvetischen Republik zum Hauptort des Kantons Sentis ernannt. Fünf Jahre später, am 19. Februar 1803, wurde mit den Mediationsakten der Kantonsname wieder aufgehoben und durch St. Gallen ersetzt, und zwar in seiner heute uns allen vertrauten Gestalt.

Am wieder aufgeflamten Jurakonflikt sind zwei Kantone beteiligt. Der Bund ist damit direkt engagiert. Die Bundesversammlung suchte zwar den Frieden zu sichern, indem sie dem sogenannten «Wiedervereinigungsartikel» der jurassischen kantonalen Staatsverfassung die Gewährleistung versagte. Heute muss man bedauerlicherweise feststellen, dass sich im neuen Kanton niemand an diesen Entscheid des eidgenössischen Parlamentes hält. Deshalb muss die Frage wiederholt werden: Warum nicht ein Kanton Delsberg?

Albert Mossdorf, Bülach

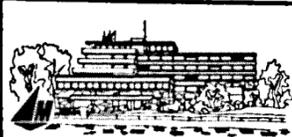
OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof Tel. (071) 23 36 36 Telex 77135 Officier Maître Rôtisseur de la Confrérie de la Chaine des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie Gartenrestaurant Seeterrasse beheizt Delphin-Bar Seminar-Departement Grosser Dachgarten mit geheiztem Schwimmbad Hot-Whirl-Pool Sauna Fitness Grosser Parkplatz

ASH ***** Hot-Whirl-Pool Sauna Fitness Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

CH-8320 Arbon, Tel. 021 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway



Hotel Weisses Rössli

9422 Staad b. Rorschach Telefon (071) 42 15 15

Eurocard · Amexco · Diners-Club · Grosser



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant in idyllischer Landschaft. Schloss Arenenberg mit Napoleon-Museum. Jedes Zimmer mit Blick auf den Untersee. Gepflegte Küche für spezielle Fleisch- und Fischgerichte.

Fam. P. Imhof CH-8208 Salenstein Telefon (072) 84 18 44 (Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee (Verl. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



2 Möglichkeiten billiger zu heizen!

Ob Neubau oder Umbau – es lohnt sich unsere Vorschläge zu prüfen.

1. AEROCAL-Wärmepumpen
2. STÖRI-Elektro-Speicherheizung

1. Eine AEROCAL-Wärmepumpe spart 60% Heizenergie.
2. Mit der STÖRI-Elektrospeicherheizung – als Zentral- od. Einzelraumheizung – nutzen Sie den billigen Nachtstromtarif.

Info-Coupon

Ich wünsche Unterlagen über:

Wärmepumpen für Neubau

Elektro-Einzelspeicher Umbau

Elektro-Zentralspeicher Umbau

Name: _____

Ort: _____

Telefon: _____



Störi & Co. AG / Fabrik elektrischer Apparate 8802 Wädenswil / Telefon 01 - 780 77 33

Jahresbericht 79/80 erschienen

Auf die ordentliche Delegiertenversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz ist auch der Jahresbericht 79/80 erschienen, der einen Ueberblick über die Tätigkeit der Partei und der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung vermittelt. Den Parteidelegierten wurde der Bericht bereits zur Verfügung gestellt. Weitere interessierte Parteimitglieder können ihn mit beiliegendem Talon beziehen.

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

79/80

Ideen, Köpfe, beherzte Taten: **FDPO**

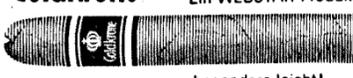
Les radicaux: du cran et du cœur.

Konferenzen · Sitzungen · Tagungen

mothotel
sommerau
Geschäfts- chur
Essen Ihr Treffpunkt
ohne Parkplatzsorgen

Emmentaler Tel. 081 22 56 45

Goldkrone Ihre Cigarre
5 Stück Fr. 6.—
Ein WEBSTAR-Produkt

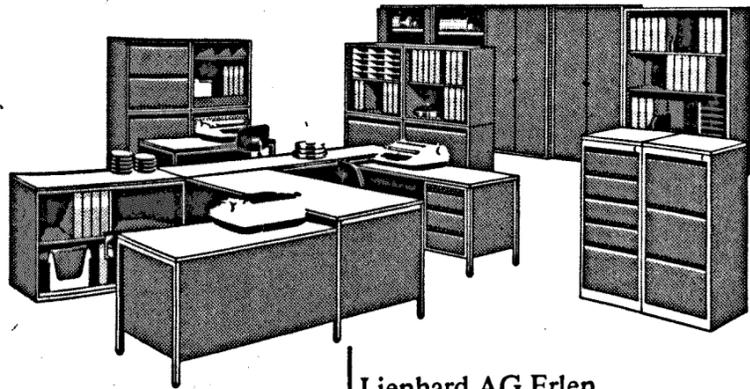


besonders leicht!

Wo Qualität entscheidet und der Preis den Ausschlag gibt.

Unverwundlicher Stahl, hochwertig verarbeitet zu einem kompletten Programm von Arbeitsplätzen und Beistellmöbeln. Für ein in Funktion, Form und Farbe abgestimmtes Baukasten-System zum universellen Einsatz. Mit beliebigen Gestaltungsmöglichkeiten nach individueller Wahl. Das ist Lista 7000, ein langfristig angelegtes Büroeinrichtungs-Konzept, das auch die Homogenität wechselnder Arbeitsbereiche auf Jahre hinaus gewährleistet. Zu einem Preis, der jedem Vergleich standhält.

Büro Lista 7000



Lienhard AG Erlen
LISTA Betriebs-, Lager-
und Büroeinrichtungen
CH-8586 Erlen TG
Telefon 072 49 11 11

LISTA
macht Ordnung zum System

79.1.197.20.49

Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung

auf rein pflanzlicher Basis.

- Speziell empfohlen bei **Leber/Galle- und Magenleiden.**
- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
 - gesundes Klima
 - ruhig und sonnig gelegen
 - im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
 - viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
 - Verlangen Sie unseren Kurprospekt



Kurzentrum Vögelinsegg

CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien — im Solebad-Hotel «Flamingo»

Massagen, Solarium, Fango, Fitness-
raum, Sprudelbad

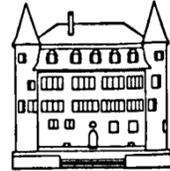
7-Tage-Arrangement zum Pauschal-
preis ab Fr. 300.— (Zimmer mit Dusche/
WC Fr. 350.—), Frühstücksbuffet, Abend-
essen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und
Sonne in Oberhelfenschwil im Toggen-
burg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

FLAMINGO

Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room
Fam. M. Thomasius Oberhelfenschwil SG 071/55 12 56

Gutschein Fr. 30.—
ab 7 Tagen Aufenthalt



Schloss Risegg

Das Schloss Risegg liegt 430 m
ü. M. in bevorzugter Lage, mit mil-
dem, ausgeglichenem Klima, leicht
erhöht über der Ortschaft Staad bei
Rorschach am Bodensee. Umgeben
von gepflegten Gartenanlagen, in-
mitten saftiger, grüner Matten — ein
idealer Ort für Ruhebedürftige und
Rekonvaleszenten.

Von Krankenkasse anerkannt.
A. Furrer-Müller
Schloss Risegg
Erholungs- und Kurhaus
9422 Staad bei Rorschach
Tel. (071) 42 17 17

Inserieren bringt Erfolg!



St. Jakobskellererei SCHULER & CIEAG SCHWYZ + LUZERN

SILENT GLISS

Vorhang-Fernbedienung
Mit Knopfdruck Vorhang
auf und zu.
Die komfortable Lösung
für zahlreiche Vorhang-
probleme.
Möchten Sie mehr wissen?
Beratung gibt Ihnen
gerne Ihr Fachhändler
oder

VonDach + Co
SILENT GLISS
3250 Lyss.
Tel. 032 84 27 42

FDP

Studienreise der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich nach den USA



20. September bis 5. Oktober 1980

**Letzte Möglichkeit, diese Reise zu buchen.
Es sind noch einige Plätze frei!**

Unsere Reise steht unter dem Motto «Wahlen in USA», und wir hoffen, bei einigen der typisch amerikanischen Wahlveranstaltungen mit dabei zu sein!

Die Reiseroute führt quer durch die USA von Osten nach Westen mit Einbezug der schönsten Sehenswürdigkeiten.

Die 15tägige Reise kostet Fr. 3740.— und beinhaltet alle Flüge mit Kursmaschinen, Unterkunft in Erstklasshotels und sämtliche Besichtigungen.

Interessierte Mitglieder anderer Kantonalparteien sind willkommen. Verlangen Sie den Reiseprospekt mittels untenstehenden Coupons — einzusenden an:

Sekretariat der FDP des Kantons Zürich
Postfach, 8024 Zürich, Tel. (01) 251 02 27

FDP-Studienreise nach den USA: 20. September bis 5. Oktober 1980

Ich bitte um Zustellung des USA-Prospektes an:

Name/Vorname _____
Strasse _____ PLZ/Ort _____
Tel. Privat _____ Geschäft _____
Datum _____ Unterschrift _____

GESUCHT

in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND

für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU

Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20

mathis ag

Lassen Sie
für Ihren Garten
sich exclusiv
von



beraten

Gartenbau Spross Zürich
Burstwiesenhof 35 45 55

AMMANN Langenthal

Maschinen für den Strassenbau
und Strassenunterhalt



Verkaufsberatung — Kundendienst —
Ersatzteillager — Schulung Ihres Personals

AMMANN 4900 Langenthal
☎ 063 29 61 61 ☒ 68 446

Orgelbauen — Orgelspielen
Ein tolles Hobby auch für Sie
Orgelbausätze für Jedermann

NEU

von
OWERSI
Entertainer

Die günstigste Kleinorgel für alle
«Beginner»! Die ideale Zweitorgel für
alle Könnler!

Bausatz Fr. 759.—
Betriebsfertig Fr. 990.—

Verlangen Sie Gratisprospekte oder
besuchen Sie uns!

OWERSI - electronic

Zürich: Hallwylstrasse 71, Tel. (01) 242 81 89
Bern: Eigerstrasse 80, Tel. (031) 45 48 48
Wetz: Kauenstrasse 4, Tel. (086) 2 50 50



Natürliche Harmonie

Ich fühle mich wohl und geborgen. Weil ich meine Familie liebe.
Und weil ich von ihr geliebt werde. Und weil wir uns leisten können, uns so zu geben,
wie wir sind: Einfach, natürlich, ungezwungen.

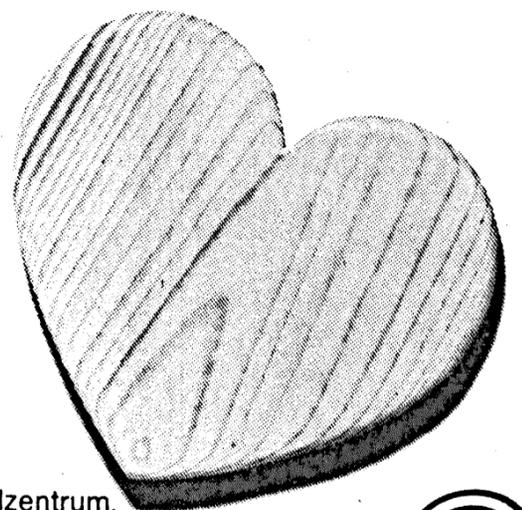
Wir wohnen gemütlich. In echter und unverfälschter Umgebung.
Darum lieben wir das Holz, wie es in unserer heimatlichen Natur vorkommt: Rein und ursprünglich.

Mein Mann zieht seine stille Lesecke
allen anderen vor. Ich zünde gerne eine Kerze an – das ist behaglich und gemütlich.
Das schafft gefühlvolle Zweisamkeit, wie wir sie uns wünschen.

Auch Sie können sich behagliche Geborgenheit leisten.
Besuchen Sie die Sonderschau «Natürliches Wohnen» in unserer Wohn-Erlebnis-Ausstellung.
Lassen Sie sich inspirieren! Wir beraten Sie gerne.
Damit Sie Ihre individuelle, natürliche Geborgenheit erleben!

Geborgenheit, die man erwerben kann

10 Jahre Möbelzentrum,
Sonderschau «Natürliches Wohnen»



Offen
von 10 bis
20 Uhr
Sonntag
20 Uhr

Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Vor wirtschaftspolitischer Weichenstellung

Der Kampf gegen die Inflation

In seinem Bericht über die Richtlinien der Regierungspolitik der angelaufenen Legislaturperiode betont der Bundesrat, dass die Ziele der Geldwertstabilität und der Vollbeschäftigung im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Aufgaben stehen werden. Diese Absichtserklärung wird kaum auf Widerstand stossen, wie Nationalrat und Regierungsrat Prof. Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, feststellt.

Die Erfahrung zeigt aber, dass sich stabile Preise und ausgelastetes Arbeitskräftepotential auf kürzere Frist ausschliessen können. Die beiden Ziele geraten miteinander in Konflikt. In einer solchen Lage werden die Meinungen darüber, wie die wirtschaftspolitischen Weichen zu stellen sind, schnell auseinandergehen.

Ziel sollte eigentlich klar sein

Dabei sollten an der Marschrichtung keine Zweifel mehr bestehen. Die vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben uns gelehrt, dass Vollbeschäftigung auf längere Sicht nicht durch Inflation aufrechterhalten werden kann. Die Teuerung bildet nicht den Preis, den wir für eine blühende, vollbeschäftigte Wirtschaft zu zahlen haben. Zwar vermögen inflationäre Nachfrageschüsse die Wirtschaft vorübergehend zu stimulieren. Schreitet jedoch die Teuerung ungezügelt voran und richten sich die Erwartungen auf eine Fortsetzung dieser Tendenz, so entlarvt sich das anscheinend problemlose Wachstum bald als Scheinblüte.

Die Gewerkschaften versuchen in ihren Lohnansprüchen und die Unternehmer in der Preisgestaltung, die Teuerung vorwegzunehmen. Es werden Löhne gefordert und zugestanden, welche die Zunahme der Arbeitsproduktivität übertreffen. Schliesslich kommt die Zeit, wo die Saläre eine Höhe erreichen, die nicht mehr auf die Preise überwältigt werden kann. Die Unternehmungen sind aus Kostengründen nicht mehr in der Lage, alle Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Anschauliche Beispiele

Inflation und Arbeitslosigkeit gehen Hand in Hand. Die Ueberbetonung des Vollbeschäftigungsziels bewirkt das Gegenteil des Erstrebtens. Die beiden Staaten, die in der Regel die höchsten Teuerungsraten der grösseren Industrienationen aufweisen, Grossbritannien und Italien, liefern anschauliche Beispiele. Dort verharrte die Arbeitslosenquote über die Jahre hinweg auf höherem Niveau als in Ländern, die der Preisstabilität Vorrang einräumten. Dort wurden Versuche, die Teuerung zu stoppen, beim ersten Anzeichen eines Beschäftigungsrückgangs abgebrochen.

In der Schweiz wurde das Ziel der Preisniveaustabilität konsequenter verfolgt. In den Jahren 1976 bis 1978 sanken sowohl die Arbeitslosenzahlen als auch die Inflationsraten. Inzwischen hat der Geldwertungssatz die 5%

preise und die ungestüme Teuerungswelle im Ausland, die bei leicht rückläufigem Frankenkurs auch unser Land überrollte, hingewiesen. Zweifellos trugen die erhöhten Erdölpreise wesentlich zur Teuerung bei. Richtig ist auch, dass die Preise der importierten Güter erheblich stärker stiegen als jene der einheimischen Waren. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass auch die inländische Teuerungskomponente an Kraft gewinnt. Für die Preise am Baumarkt trifft dies schon seit einiger Zeit zu. Aber auch in anderen Bereichen werden nicht zuletzt wegen der ansehnlichen Lohnerhöhungen vermehrt Preiskorrekturen nach oben vorgenommen.

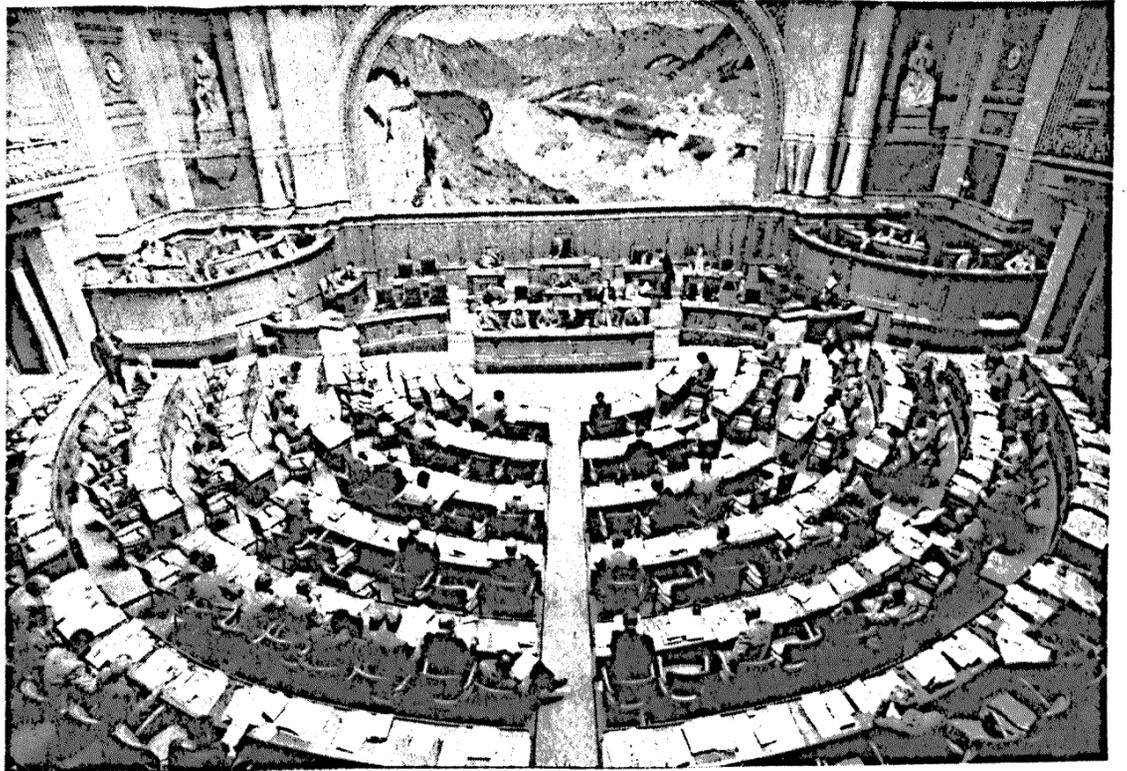
Preisstabilität wiederherstellen

Die schweizerische Wirtschaftspolitik steht deshalb heute vor der Aufgabe, die Preisstabilität wiederherzustellen. Das gilt um so mehr, als wir bei einer Arbeitslosenquote von 0,4% praktisch Vollbeschäftigung haben. Das Vollbeschäftigungsziel wird also noch nicht konkurrenziert. Einige Branchen, so etwa das Baugewerbe, stehen bereits vor personellen Kapazitätsengpässen.

Aus diesen Ueberlegungen geht deutlich hervor, dass der Teuerungskampf in unserer Wirtschaftspolitik eine besondere Priorität zuzuordnen ist, die im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmern liegen wird.

Bundespräsident Georges-André Chevallaz ist ein Philosoph Red und Antwort gestanden, und daraus ist ein reizvolles Taschenbuch weiser Erfahrungen geworden. Dieses ist bereits im vergangenen Jahr in der Editions de l'Aire unter dem Titel «Les Raisons de l'Espoir» in der französischen Originalfassung erschienen. Nun liegt es auch in einer Uebersetzung durch den bekannten Radiojournalisten Hans Laemmel vor. Herausgegeben wird «Berechtigte Hoffnung» vom HeCHT-Verlag. Bundespräsident Chevallaz hat die Autorenrechte an seinem Buch an die «Pro Infirmis» abgetreten. — Nachfolgend eine Leseprobe aus dem Werk Chevallaz:

«Man muss sich vor vereinfachten Formeln und vor schnellfertigen Zusammenfassungen hüten. Wo ist der Westen? Welche Denkweise stellt ihn dar? Ist er Montaigne oder Nietzsche, Marcuse oder Voltaire, Rousseau oder Machiavelli, Savonarola oder Pius XII., Karl Marx oder Paul Valéry?



Start zur reichbefruchteten Sommersession ist am 2. Juni. Unser Bild (Photo Rieben) zeigt einen Blick in den Nationalratssaal.

«Madrid» ist notwendig

von Yann Richter, Präsident FDP der Schweiz

Der Jahresbeginn brachte allen Entspannungsoptimisten eine herbe Enttäuschung und führte sie wieder auf den nüchternen Boden der Realitäten zurück. Der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan hat gezeigt, dass die UdSSR ihre Machtgelüste trotz grossem Entspannungspalaver nie aufgegeben hat. Offen hat die Sowjetunion ihre imperialistischen Machtgelüste zur Schau gestellt.

Es ist bedauerlich und zeigt einmal mehr die Schwäche des freien Westens auf, dass er keine geschlossene Antwort auf den sowjetischen Ueberfall fand. Verbale Solidarität allein genügt nicht, um glaubwürdig auftreten zu können.

Ihr wahres Gesicht hat die Sowjetmacht aber nicht allein mit der Intervention in Af-

ghanistan gezeigt, sondern auch mit den Zwangsmassnahmen gegenüber dem Friedensnobelpreisträger und Bürgerrechtskämpfer Andrei Sacharow. Dass damit die Grundrechte der KSZE-Schlussakte von Helsinki missachtet werden, beweist höchstens, welche Bedeutung die Sowjetunion solchen Vereinbarungen einräumt.

Dennoch wäre es falsch, nun auf die Fortsetzungskonferenz in Madrid zu verzichten. Gewiss, Illusionen über die Vertragstreue der Sowjetunion darf man sich nicht hingeben. Und doch sollte man nicht jeden Dialog oder nur schon jegliche Gesprächsfäden ganz abreißen lassen. Ein Zusammensitzen in Madrid bedeutet weder stillschweigende Zustimmung zum

Ueberfall der Sowjets auf Afghanistan noch zur Verbanung Sacharows.

Doch dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, dass sich diese Bemühungen auszahlen werden. Insbesondere ist der Einfluss auf die öffentliche Meinung im Ostblock, der von einer solchen Konferenz ausgeht, nicht zu unterschätzen. Beharrlichkeit zahlt sich meistens aus, auch wenn es bis zum Zahltag lange dauern kann. Mit Rückzug, Resignation und verbalen Protesten ist nichts zu gewinnen, weder für Afghanistan, noch Sacharow, noch die eigene Sicherheit. Auf den Vereinbarungen von Helsinki muss bestanden werden wie auf den Abmachungen der Folgekonferenzen. Deshalb ist «Madrid» notwendig.

Verkörpert er sich besser in Napoleon oder in Benjamin Constant? In Stresemann oder in Hitler? In der mittleren Dauer seiner Diktaturen oder im einstweiligen Wesen seiner parlamentarischen Regierungsformen? Die Einheit des Westens ist ein schwieriger Begriff: bequem in wirkungsvollen Reden, aber fragwürdig in seinem wirklichen Zusammenhang. Man könnte vielleicht sagen: Was sich als Abendland bezeichnen lässt, ist im Grunde genommen ein Zivilisationsbecken, ein Teil der Menschheit mit den Merkmalen einer tiefen Unruhe und einer heftigen Tätigkeit, einer grossen schöpferischen Dichte und mächtigen Möglichkeiten der Selbsterstörung, einer beständigen Spannung (tragisch im Sinn von Jansenius und Pascal) zwischen den Regungen für das Gute und der Abweichung zum Bösen. „Ich tue nicht das Gute, das ich liebe, sondern das Böse, das ich hasse“, wie Racine es ausgedrückt hat. So ist es also schwierig, aus diesen bequemen Regungen und den wiederholten Abwei-

chungen eine Einheit abzuleiten, von der sich versichern liesse, sie sei im Westen ein beständiger Wert, ein zusammenhängendes System, eine Fahne, die man schwenken könne, eine übersinnliche Gläubigkeit. Verhält es sich anders mit den übrigen Zivilisationen und Gesellschaften, der islamischen, der sowjetischen, der chinesischen, der indischen? Vielleicht erleiden sie — aber ich kenne sie nicht genügend — weniger innere Zerwürf-

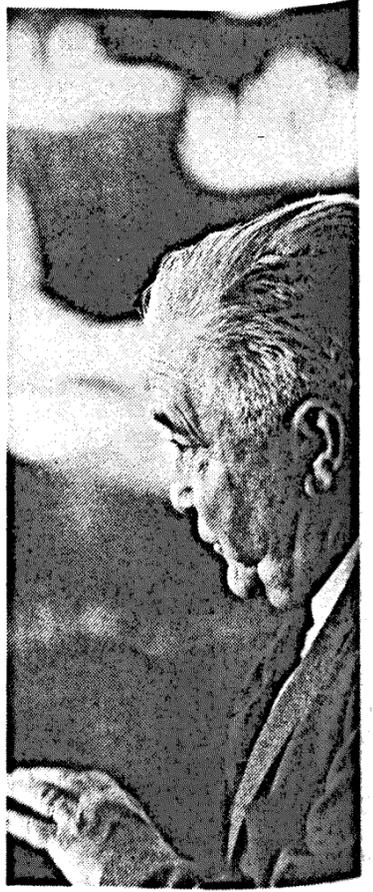
nisse und stehen, wenigstens anscheinend, im Genuss eines festen Zusammenhalts? Aber der Westen, den seine Widersprüche und Unruhen schwer erträglich machen, zieht uns trotz allem tief in seinen Bann wegen des fortwährenden Wiedererscheinens der Freiheit, das sich hier vollzogen hat, wegen des ständigen Drangs zur Freiheit, wegen des Wagnisses der Freiheit, das man in diesem Teil der Welt eingeht.»

Georges-André Chevallaz Berechtigte Hoffnung

Ein historisch, philosophisch, politisch und stilistisch brillantes Werk des Schweizer Bundespräsidenten 1980



Für einmal auf die bereits zur Tradition gewordene «eigene» Seite müssen diesmal die Thurgauer verzichten. Der Grund dafür liegt im fehlenden «Stoff» — nach den kantonalen Wahlen scheint das Mitteilungsbedürfnis erlahmt zu sein. Doch Spass beiseite, es war nie die Absicht, regelmässig eine Thurgauer Sonderseite zu publizieren, sondern von Fall zu Fall. Die Thurgauer Parteifreunde erhalten deshalb die gesamtschweizerische Ausgabe des «Freisinn».



Ihren Willen, an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz auch in Zukunft massgebend Einfluss zu nehmen, demonstrierten die über 200 FDP-Delegierten an der Ordentlichen Delegiertenversammlung vom 25./26. April in Zürich. Das Schwerpunktthema — die Erarbeitung eines «roten Fadens» für die weitere Bearbeitung der Vernehmlassungsantwort der FDP zur Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen — wurde nach einleitenden Referaten von Bundespräsident Georges-Arthur Chevallaz und alt Regierungsrat Albert Mossdorf engagiert in Arbeitsgruppen und im Plenum diskutiert, worüber unsere Bilder Zeugnis ablegen (Photos B&B, Zollikon). Das Engagement und die Debattierfreudigkeit der FDP-Delegierten wurden auch von der Presse beifällig registriert. Ein neuer Wind ist eingezogen...

FDP Ideen